

Halleische Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Gesetz-Verzeichnis“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Deutsches Postamt beträgt 1.60 Reichsmark, durch Außenposten 1.80 Reichsmark. Bei Vorabentnahme des Jahrgangs 16.00 Reichsmark, bei Vorabentnahme des Monatshefts 1.60 Reichsmark. Die Anzeigen werden nach Rubrik-Preisen berechnet. Die Zeitungsverwaltung des „Gesetz-Verzeichnisses“ steht für den Vertrieb des Jahrgangs 1925 in jeder Gegend zu Diensten. Halle, Postfach 1063. Telefon 12115. Verlagsort: Halle.

Neues in Kürze.

Prechtelkennzeichen und Radiotelegramme.

Aus Berlin verläuft, eine begrenzte Anzahl fahrender Personifizierungen sei von Regierungsstellen angefordert worden, sich über die mutmaßliche Auswirkung der neuen Steuern, Zölle und Auswertungsgebühren auf die Wirtschaft zu äußern. Es liegt die Vermutung nahe, daß diese Umfrage im inneren Zusammenhang mit der von der Regierung weitergeführte Preisfestsetzungsaktion liegt.

Die Arbeiterchaft der Siemesischen Automotivwerke in Berlin-Neukölln hat das Gewicht der zwei Millionen Aktien abgelehnt. Sinnföhllich der Lohnkämpfe bestehen in den Werken neue Schwierigkeiten, die durch die Einstellung der Lieferungen teils einer Anzahl Firmen veranlaßt worden sind, die noch keine Bezahlung erhalten haben.

Im Rahmen der diesjährigen Leipziger Herbstmesse veranstaltet das Westfalen zum ersten Male einen Amerikatag, zu dem der amerikanische Botschafter in Berlin, Schumann, sowie Amerikaner in großer Zahl erschienen werden. Bürgermeister Hoffmann und andere hohen Beisitzer und die amerikanischen Gäste willkommen. Der Botschafter Schumann antwortete in deutscher Sprache.

Waut „Noter Fahren“ ist die kommunalistische Landtagsabgeordnete Pflücker, die dem Generalrat der Angehörigen seit langen Jahren angehört, auf Beschluß des Hauptvorstandes wegen „Verbandserschöpfung“ aus der Organisation ausgeschlossen worden. Es sollen auch noch andere Ausschüsse von Kommunisten aus dem Verband entfernt sein.

Der Hauptauschuß des Münchener Stadtrats hat den sozialdemokratischen Antrag, eine Straße oder einen Platz nach dem Reichspräsidenten Ebert zu benennen, endgültig abgelehnt.

Zwei Meldungen polnischer Wähler aus Moskau wurden dort angeblich neun Gewerkschaftsleiter erschossen und 22 höhere Amtsinhaber des Hauptprekariatmanagers in langjährig jüdischen Bauerntraktoren betriebl, weil sie bei Heredesstellungen Untersuchungen im Betrage von mehreren Millionen begangen hätten.

Nach einem von den Prager Wählern veröffentlichten Artikel des deutschen Abgeordneten Kollat wurden fast dem Umfange in der Tschechoslowakei 24 Prozent der deutschen Schulen geschlossen. Das nennet die Wählern — und der Wählerbund, der darüber nachdenkt, — „Schutz der Rechte der Wähler“.

Wie das „Amendner Tagesblatt“ berichtet, ist nach einem am Mittwoch eingetroffenen Telegramm des Staatspräsidenten aus Kopenhagen ein ein Gutachten über die Knisbeispiel von den dänischen Behörden abgelehnt worden.

Auf Einladung der Universität Kopenhagen wird sich der französische Unterrichtsminister de Monzie am 8. September nach Dänemark begeben, um den Beziehungen beider Länder befürdert werden soll. — Da steht man die tiefere Wurzel der zeitigen deutsch-dänischen Maßnahmen Dänemarks.

Das Pariser „Echo“ veröffentlicht aus dem Bericht des Generalagenten an die Reparationskommission, daß der Generalagent die kritische deutsche Wirtschaftslage eingehend behandelt habe, trotzdem komme kein Bericht zum Schluß, daß die Erfüllung der Darlehen ist bis Januar kommenden Jahres — gesichert sei.

Der Reichsjustizrat hat an die ungarische Regierung eine Note über den Zurscherer gerichtete, in der die gleichen Bedingungen gestellt werden, wie sie Deutschland erfüllen soll.

Im Pariser Bankbeamtenkreis kam es zu neuen Zusammenstößen mit der Polizei, als diese eine Demonstrationserklärung von etwa 1500 Bankbeamten auf dem Boulevard des Invaliden festzusetzen wollte. Es erfolgten mehrere Verhaftungen.

Der in letzter Stunde unternommene Versuch des Schlichters den australischen Seemannsstreik beizulegen, ist gescheitert.

Der Präsident der nationalen Seemannsvereinigung von Canada, Harold Wilson, der ein Gegner des Streiks ist, wurde bei einer Verammlung der Seelenie daran gehindert, eine Rede zu halten. Als er zu sprechen anfing, wurde ihm von allen Seiten „Geräusch“ zugeführt, so daß seine Worte in dem allgemeinen Lärm verloren gingen. — Also auch Canada vor dem Seemannsstreik? — (Russische Ausgabe.)

Auflösung des preußischen Landtags?

Von einer Korespondenz wurde die Meldung berichtet, die maßgebenden Kreise der preußischen Regierung seien entschlossen, den preußischen Landtag gleich nach seinem Zusammentritt am 22. September aufzulösen und Neuwahlen für den 25. Oktober anzusetzen, so daß sie gleichzeitig mit den Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreisräten stattfinden würden. Von zukiünftiger Stelle wird dazu mitgeteilt: Es kann als ausgeschlossen gelten, daß die Neuwahlen schon am 25. Oktober erfolgen könnten. Der preußische Ministerpräsident Braun hat allerdings schon bei der Annahme seiner zweiten Wahl und bei anderen Gelegenheiten wiederholt erklärt, daß er zur Auflösung des Landtages schreiten möchte, wenn die Gegner der zeitigen kleinen Regierungsgestaltung die politische parlamentarische Arbeit unmöglich machen würden. Auch der Innenminister Seevering hat sich vor einigen Wochen in einer Rede in Mieleitz in dieser Sinne ausgesprochen. In den letzten Tagen vor den Landtagsferien wurde aber die gegenüber der Arbeit im Preussenparlament verhältnismäßig glatt abgewandelt.

Der preußische Ministerpräsident ist nach wie vor entschlossen, in der durch die preußische Verfassung gebotenen Form, d. h. im Einvernehmen mit dem Landtage und dem Staatsratspräsidenten den Landtag aufzulösen, wenn sich bei einem Wiederzusammentritt eine arbeitsfähige Mehrheit nicht ergeben sollte. Würde das selbst in der ersten Woche der neuen parlamentarischen Arbeitsperiode geschehen, so wäre doch der Termin des 25. Oktober nicht zu früh, um bis dahin die nötigen Vorbereitungen für die Neuwahlen erledigen zu können.

— So weit man jetzt wenigstens, was man von der wilden Jugendströmung der Sozialisten und von den Angreifer der Demokraten gegen die Zollgesetz zu halten hat: es handelt sich nicht etwa um Herbeiführung einer Besserung der Wirtschaftslage, sondern um Agitation für die kommenden Wahlen. Zum Glück hat ja das deutsche Volk einen Ministerpräsidenten, der die Interessen des Vaterlandes liebt, wenn sie uns von neuem regieren: die Papiermarkt- und das Papiermarktfrage, die ja wohl kein Verteidiger wieder herbeiführt.

Vertweisschendes Land.

Ein Geleitwort für deutsche Italienreise.

Vor der zeitgenössische Deutsche kann sich aus keiner absonderlichen Weltanschauung heraus wundern, wenn seine Nachbarn keinen unpolitischen Seelenzustand ausnutzen, um sich für die aus dem deutschen Volkstörper herauszupressen. Wenn selbst keine Neutralität dabei mitmachen, nehmend über sich schenken lassen wie die Dänen, weidmend die Deutschschweizer, die in ihrer intellektuellen Oberflächigkeit mit Verdringung feststellen, daß die Schwere nicht mehr von Bern, sondern von Genève (Gen) aus regiert wird, und der kaiserlichen Truppen den Rat geben, sich mit ihrem Schicksal abzugeben, so muß das stolpferliche Jugender der Großen selbstverständlich erscheinen. Es ist deutsch und tüchtig, gegenüber solchen Naturkräften auf papierenen Abkommen und Versprechungen zu bestehen. Aber ich nicht selbst weidmend wird getrieben, das fällt infinitesimal jedes kaum geborene Weibchen, nur das überirdische Weidender, der Basissismus, laugnet dieses Naturgesetz. In England, in Frankreich, in Italien, geschweize denn in den sibirischen Kaufmannstädten würde man nach Kriterien dieser niedrigen politischen Gattung schämen.

Italien ist stolz darauf, die „Mutter des Rechtes“ zu sein und erklärt deshalb mit echt juridischer Auslegung die ihm durch Zufall und unerwartet in der Welt gestellten deutschen Gezeiten als innerhalb seiner „natürlichen Grenzen“ liegend und mithin kein entgammtes Eigentum. Folglich sind die deutschen Bewohner Eindringlinge, die trotz sein mühen, wenn sie der Häuser noch eine Zeitlang aus Menschlichkeit in der „Fortsetzung“ möhnen, das heißt, die Fortsetzung, als deutsche Schindler, und jedem man weiß ja, wie es heute in diesem unglücklichen „Alto Adige“ aussieht.

Den erschütterten, letzten Ausschreit und Appell der Wälder Schindlers an die Kulturwelt, das das famulose „Waldgewissheit“ nicht gehört, ebenmäßig wie die Schindler der von den fremden Herren aus ihrer Heimat ausgezogenen „Opdanten“, denn hier handelt es sich ja nicht um arbeitslose Belgier, sondern bloß um Deutsche. Hochachtung, hört man von dem anderen End der Welt, Italien, dem arbeitslosen Land zwischen Saravio und Bonaventura, einer 60 Kilometer langen Bahndreck, denn, so nahe es dem deutschen Gefühl geben mag, es muß gelagt werden: dieses Land ist bereits im Verzehr, im Begriffe, den letzten deutschen Schritt auszuführen in die mittelalterliche Vergangenheit der letzten Schwärze. Hier hat die Verweisschung in wenigen Jahren ein Werkstück geleistet. Kaum daß noch einer der Millionen unverborener Deutschen, die nach Weidmig strömen, das ausstößige Lobeslampfen gewahrt wird.

Ich will nicht die an die Wälder angehängten Dörfer schämen, das nördliche, die Grenzstationen Italiens, hinter der jett Österreich beginnt. Eine Mauer von Feuer und Eisen, Sperreer kann nicht jähzür trennen als moderne Grenzen. Die deutschen Basissimus und Wälderbürger finden das ganz in der Damm, die werden es gewiss erwarten, ihr trauglich, zwar italienischen Sprachentwille an den Wam zu bringen. Diese Torengräber des deutschen Gedankens trifft nicht mehr Schuld als die Italiener, die doch schließlich nur dem Empfinden, der Stärkere zu sein, was nicht gehen, wenn die Wälder in dem Tempelament entsprechenden „Auswurf“. Wir können den Leuten, die sich über das Alto Adige beklagen, keinen befferen Rat geben, — so antwortete dieser Lazio Molitinos „Popolo d'Italia“ nach Berlin hinauf, „als den: totum und heit es auch!“ Das ist erlich, das ist antwärtiger als der schmälzige Augenaußschlag des überirdischen Weidmeters.

Schon von weitem haut dem aus Italien kommenden ein Denmal in die Augen: Da bin ich, da bleibe ich! Ein direct auf die Grenzlinie gefellter Soldat, Überlebensgroß, mit ungeschämlicher Schildwachenpose. Im übrigen Siebziger Stil, wie alle italienischen Kriegsentwämer. Am Bahnhof das übliche Gemimmel von Militär, Karabinier, Faschini, die Herren sind stolz, die mittleren befördert, die hinteren sind ungeschickt und hilflos, aber sie haben etwas zu beklagen hat, braucht sich nur an die falschliche Bahnhofsmaße zu halten, die macht gleich Dampf auf. Aber schließlich steht die Grenzstation Tarvis. Verzeihung: Tarvis, wie irgendbin anderer italienischer Bahnhof aus; gehen wie alle in die Wälder. Tarvis-Città liegt nämlich eine halbe Stunde landeinwärts, heißt das, gegen Italien zu. Wer an der Grenze übernachten will oder muß, tut gut, gleich bis „Città“ zu fahren, sofern der Zug dort hält. Man mach tut es, manchmal nicht.

Der Bahnhof hier ist nicht nur äußerlich italienisch die Verweisschung steht immer mit der Verplatzierung der Bahnhofsgebäude mit ungläubigen Wälderplafaten ein), sondern auch innen: ungepflegte Fußböden, während man auf den dreierteiligen alten Förmle, geborene Förmle. Das Licht brennt am hellen Tage, die Türen stehen offen, kein Beamter ist zu erblicken. Aber sich da, sich da, Timothese: ein dritterdritter Fahrplan der Wälderbahnen. Und auf diesem deutschen Fahrplan sind die Stationen zerstreut — fast nicht angeordnet und nur ganz schäferlich, klein und eingetammet darunter ja, wie sie seit Jahrhunderten

Keine Außenministerkonferenz im September.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet mit aller Bestimmtheit, daß Dr. Stresemann und die alliierten Außenminister am 20. September in Louvaine eine Konferenz abhalten würden, um zu dem Ergebnis der gegenwärtigen Londoner Juristenbesprechung Stellung zu nehmen.

Das erhärtet wird von zukünftiger Stelle, das es sich bei dieser Meldung um reine Kombination ohne tatsächliche Unterlagen handelt. Der deutsche Vertreter Gauh hat in London gar nicht die Aufgabe, eigentliche Verhandlungen zu führen, sondern die juristischen Entscheidungen des von den Alliierten eingenommenen Standpunkts zur Sicherheit entgegenzunehmen. Er wird nach seher Rücksicht der zukünftigen deutschen Stellen darüber Bericht ertönen, und dann erst wird eine Konferenz stattfinden, ob nun die Basis für eine Konferenz bestehen ist.

Der Wälder Engländer Kundendienst teilt mit: Die Besprechungen der juristischen Sachverständigen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Italiens werden wahrscheinlich heute zu Ende gehen. In der Besprechung der technischen Einzelheiten des vorgeschlagenen Sicherheitspactes ist ein erheblicher Fortschritt erzielt worden. Da die Verhandlungen in freier Vertraulichkeit geführt worden sind, beruhen alle darüber ausgegebenen Berichte lediglich auf Mutmaßungen.

Damit erledigt sich auch die Meldung des Berliner „Vorwärts“ aus Genf, wonach im Verlaufe der alliierten Außenministerbesprechungen die Räumung der Kölner Zone beschlossen worden sei und der Mittel der Räumung in drei Monaten erfolgen solle, so eine weitere Räumung angesichts aus militärischen Gründen unmöglich sei. Solange die Regierungen zu den Londoner Juristenbesprechungen nicht Stellung genommen haben, kann ein so weitgehender Beschluß nicht kommen. Die „Vorwärts“ Meldung ist in dem neuen Vordruck, um das deutsche Volk zu täuschen, schon in den Wälderzeitung 1919 durch die in der Gefahr eines Krises des „Vorwärts“ hineingeworfen. Die Franzosen können dem Mittel der Räumung nicht dankbar genug sein und sollten allen „Vorwärts“-Mitgliedern das Band der Ehrenlegion verliehen. Da dieses Band bekanntlich rot ist, würde es dem roten „Vorwärts“ gar nicht schick zu Gesicht stehen.

Die Londoner „Times“ bringen die bisher an demwärts nicht befähigte Meldung ihres Genfer Korespondenten, daß zwischen den alliierten Staatsmännern in Genf die Urteile eines Plans zur Einberufung einer allgemeinen Konferenz der europäischen Staaten angenommen worden sind.

Die Londoner „Times“ bringen die bisher an demwärts nicht befähigte Meldung ihres Genfer Korespondenten, daß zwischen den alliierten Staatsmännern in Genf die Urteile eines Plans zur Einberufung einer allgemeinen Konferenz der europäischen Staaten angenommen worden sind.

Erste Lage in Marokko?

Wie dem Pariser „Journal“ aus Madrid berichtet wird, ist der spanische Diktator General Primo de Rivera, der vorgestern abend nach Melilla abgereist war, falls über Kopf nach Tetuan zurückgekehrt, weil die Lage an der Westzone der französisch-Marokkopter in den letzten 24 Stunden außerordentlich ernst geworden sei.

Man wird aus den Nachrichten über Marokko nicht mehr klug. Nach den bisherigen spanisch-französischen Meldungen stand eine große Generaloffensive der Franzosen und eventuell auch Spaniens (?) bevor, und zwar zu Lande wie zur See. An der Marokko ist angeblich schon eine Landung von 15 000 Spaniern erfolgt, auch wird die Küste von 43 französischen und spanischen Kriegsschiffen stark besetzt. Andererseits geben die Franzosen zu, daß sie über die Wälder Abd el Krims ganz im unklaren seien, so daß eine unangenehme Überraschung in der französischen Westzone (also in Richtung auf die Hauptstadt Fez) durchaus möglich ist, zumal die Lage gerade dort in letzter Zeit schon nicht günstig für die Franzosen war.

Die Mossulfrage.

Vor dem Wälderbundsrat in Genf gingen gestern die Verhandlungen über die Verteilung des Mossulgebietes an die Türkei oder an englische Mandatsgebiete des Graf (Mesopotamien) weiter. Beide Interessenten vertreten sehr energisch ihre Forderungen. Der Wälderbundsrat, der ja doch nur Strohmännchen ist und nichts entscheiden kann, hat nicht die englische und französische Regierung sich gegenseitig über die Frage verständigt haben. Das ist die übliche Zusammenkunft gefunden: eine Sonderkommission. Sie besteht aus dem Vertreter Spaniens, Uruguays und Schwedens. Damit ist wenigstens irgend festgestellt, daß die Entscheidung ganz zwischen England und Frankreich fällt. Der andere Spanien noch Schweden oder vollends der südamerikanischen Kleinstaat Uruguay werden es wagen, sich der Türkei zuzuwenden gegen England-Frankreich zu entscheiden, höchstens können sie mit England gegen Frankreich-Lieferanten mit Frankreich-Türkei gegen England sein.

Vorläufig kein Abbau der Wälderbundskontrolle über Österreich.

In der vertraulichen Sitzung des Ratstages für Österreich, das in Genf unter Vorsitz von Chamberlain tagte, und an dem zum ersten Male der französisch-ministerpräsident Paolino teilnahm, hat der Generalminister der Wälderbunds, Zimmermann, eine längere Darstellung der finanziellen Lage Österreichs, ebenso die Wirtschaftssachverständigen Ritt und Lanton. Sämtliche Mitglieder des Ratstages beklagten ihre Verdringung über die Fortschritte des Sanierungswerkes in Österreich, wobei Paolino besonders anerkenndem Worte für Österreich gebrauchte. Von irgendeinem Termin für den Abbau der Wälderbundskontrolle in Österreich wurde aber nicht gesprochen. Chamberlain erhob trotz grundsätzlicher Zustimmung Bedenken. Bei einer raschen Aufhebung der Kontrolle müßten erhebliche ausländische Kapitalinteressen berührt werden. Auch der Italiener Scialoja machte die Einsinnung geltend, während Paolino betonte, daß das Problem nicht nur vom finanziellen sondern auch vom politischen Standpunkt aus betrachtet werden müsse.

Die Mossulfrage.

Vor dem Wälderbundsrat in Genf gingen gestern die Verhandlungen über die Verteilung des Mossulgebietes an die Türkei oder an englische Mandatsgebiete des Graf (Mesopotamien) weiter. Beide Interessenten vertreten sehr energisch ihre Forderungen. Der Wälderbundsrat, der ja doch nur Strohmännchen ist und nichts entscheiden kann, hat nicht die englische und französische Regierung sich gegenseitig über die Frage verständigt haben. Das ist die übliche Zusammenkunft gefunden: eine Sonderkommission. Sie besteht aus dem Vertreter Spaniens, Uruguays und Schwedens. Damit ist wenigstens irgend festgestellt, daß die Entscheidung ganz zwischen England und Frankreich fällt. Der andere Spanien noch Schweden oder vollends der südamerikanischen Kleinstaat Uruguay werden es wagen, sich der Türkei zuzuwenden gegen England-Frankreich zu entscheiden, höchstens können sie mit England gegen Frankreich-Lieferanten mit Frankreich-Türkei gegen England sein.

Die Mossulfrage.

Vor dem Wälderbundsrat in Genf gingen gestern die Verhandlungen über die Verteilung des Mossulgebietes an die Türkei oder an englische Mandatsgebiete des Graf (Mesopotamien) weiter. Beide Interessenten vertreten sehr energisch ihre Forderungen. Der Wälderbundsrat, der ja doch nur Strohmännchen ist und nichts entscheiden kann, hat nicht die englische und französische Regierung sich gegenseitig über die Frage verständigt haben. Das ist die übliche Zusammenkunft gefunden: eine Sonderkommission. Sie besteht aus dem Vertreter Spaniens, Uruguays und Schwedens. Damit ist wenigstens irgend festgestellt, daß die Entscheidung ganz zwischen England und Frankreich fällt. Der andere Spanien noch Schweden oder vollends der südamerikanischen Kleinstaat Uruguay werden es wagen, sich der Türkei zuzuwenden gegen England-Frankreich zu entscheiden, höchstens können sie mit England gegen Frankreich-Lieferanten mit Frankreich-Türkei gegen England sein.

